

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: drei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-A. / Geschäftsstelle und Redaktion: Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690  
Erscheinenszeiten: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die normal gefaltete Anzeigenzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familien für die Kleinanzeigen anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Osterbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 29. März 1930

Nummer 75

## Rote gegen weiße Front!

Vor einer Hindenburg-Brüning-Regierung — Drohende Bürgerblut-Diktatur mit Ausnahmezustand durch Artikel 48  
Die Sozialdemokratie bewilligt der Diktatur-Regierung das Ermächtigungsgesetz

### Das Proletariat muß handeln!

Massenkampf um Brot und Arbeit! / Fort mit Hindenburg und dem Reichstag!

Berlin, 29. März. (Eigener Drahtbericht.)

Abgeordneter Brüning vom Zentrum hat gestern vormittag und abend seine Besprechungen über die Neubildung der Reichsregierung im Sinne des von Hindenburg erteilten Auftrages fortgesetzt, u. a. hatte er Unterredungen mit den Abgeordneten Drewig und Beet von der Wirtschaftspartei, dem volksparteilichen Fraktionsobersten Scholz und mit Schiele, dem Vorsitzenden des Reichslandbundes. Schiele ist auch von Hindenburg empfangen worden, der er sein Agrarprogramm mit neuen unerwarteten Forderungen für die Großgüterler entwickelte. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt. Heute ist u. a. auch eine Besprechung mit Dr. Curtius vorgesehen, der heute vormittag aus Rom zurückkommt.

Die „Rote Fahne“ schreibt heute morgen zur Lage:

Hindenburg hat gestern den Zentrumsführer Brüning beauftragt, ein „Kabinett ohne Parteibindungen“ zu bilden. In der neuen Regierung werden voraussichtlich Vertreter aller Fraktionen von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen sitzen. Schiele soll Ernährungsminister werden. Das Hauptprogramm der neuen Regierung steht in dem schon angekündigten Generalangriff auf die Erwerbslosenunterstützung und die Löhne der Betriebsarbeiter. Gestern hat die SPD im Reichstag den Haushaltsentwurf angenommen, der die neue Regierung ermächtigt, 1/2 des Etats für das kommende Jahr auszugeben, ohne daß dieser Etat vom Reichstag überhaupt angenommen worden ist. In Plenarsitzung, an dem die neue Regierung ihr Programm im Reichstag vorlegen wird, beruft die Kommunistische Partei in Berlin und ganz Deutschland große Massenkundgebungen ein mit der Forderung: Fort mit Hindenburg und dem Reichstag! Fort mit der Bürgerblutdiktatur, die mit dem § 48 gegen die Arbeiterschaft regieren will!

Brüning verkündete gestern schon durch die „Germania“ sein Programm, daß „auf der ganzen Linie eine kraftvolle Staatspolitik geführt werde sowohl im Kabinett als auch im Parlament, und wenn es sein müßte, auch einmal gegen das Parlament“.

Zum Schluß schreibt die „Rote Fahne“: „In drei Tagen will der Bürgerblut sein Programm vorlegen. Drei Tage, in denen es all überall, wo Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte tätig sind, lebendig werden muß, der Ruf und die Forderung: Fort

mit Hindenburg! Fort mit der kapitalistischen Diktatur! Nieder mit dem Sozialfaschismus! muß lauter und härter denn je erhoben werden. Die geschlossene Aktion der deutschen Arbeiterschaft unter der Führung der proletarischen Diktatur ist notwendig.“

Wie wir voraussehen, veröffentlicht die Sozialdemokratie heute einen „radikalen“ verlogenen Aufruf „An das werktätige Volk!“. Die SPD behauptet, daß der Kampf um die Arbeitslosenversicherung „das Ziel der härtesten Angriffe der gesamten Reaktion, zur offenen

Krise geführt habe und daß „die Sicherung der Unterstützung für die Millionen unverschuldet arbeitslos Gewordener das Ziel der SPD sei und bleibe“. Abbau der Leistungen sei das Ziel der Deutschen Volkspartei. Dieser Gegenstand habe zum Bruch geführt. Schon im Vorjahr hätten „Sozialdemokratie und Gewerkschaften in einmütiger Geschlossenheit einen schweren Angriff auf die Arbeitslosenversicherung zurückgewiesen“.

Die SPD will also den schändlichen Abbau der Erwerbslosenversicherung, den gerade sie im vergangenen Jahr durchgesetzt hat, rückgängig machen. Sie will die Lasten veranlassen, die gerade sie es gewesen ist, die den ersten Angriff auf die Erwerbslosenversicherung führte. Andererseits gibt die SPD in dem Aufruf versichert zu, daß sie zu großen Zugeständnissen auf anderen Gebieten bereit gewesen sei und daß sie „ihre Redenten gegen die Erhöhung von Verbrauchssteuern und gegen die geplante Senkung der Reichsteuern zurückgeschickt habe“.

Koalitionskurs auch nach dem Fußtritt

### SPD verabschiedet den „Notetat“

für die kommende Bürgerblut-Regierung

Berlin, 28. 3. 1930. (Eig. Bericht.)

Trotz des Rücktritts der Hermann-Müller-Regierung trat am Freitag der Reichstag zusammen, um bereits der kommenden Regierung, deren Aussichten noch nicht bekannt ist, einen Haushaltsentwurf zu bewilligen. Dieser Haushaltsentwurf bedeutet ein Ermächtigungsgesetz, das der kommenden Regierung das Recht gibt, ein Viertel des Etats für das Jahr 1930 auszugeben, ohne daß dieser Etat vom Reichstag angenommen ist. Die Kommunisten beantragten bereits in der Sitzung des Reichstages, den Notetat von der Tagesordnung zu streichen. Dem widersprachen aber sowohl die Sozialdemokraten, wie alle bürgerlichen Parteien. Im Plenum des Reichstages verstanden alle Parteien auf das Wort zu diesem Ermächtigungsgesetz. Zu einer wichtigen Abrechnung mit der Hermann-Müller-Regierung wurden die Ausführungen des Redners der kommunistischen Fraktion, des

Genossen Torgler:

Es ist kein Zufall, daß alle Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen den Notetat als eine Bagatelie behandeln wollen. Dabei handelt es sich bei diesem Notetat

um ein ausgeprochenes Ermächtigungsgesetz. Durch dieses Gesetz soll die Reichsregierung ermächtigt werden (andauernde kommunalistische Juriste: Welche Reichsregierung?), ohne Vorhandensein eines vom Reichstag verabschiedeten Etats Ausgaben nach Gutdünken vornehmen zu können. Ich frage in dieser Stunde: Welcher Reichsregierung wird eigentlich ein Ermächtigung erteilt?

Das Hermann-Müller-Kabinett hat demissioniert. Über eine neue Regierung laufen vier Gerüchte. Man spricht vom Artikel 48, man spricht von einer Regierung Brüning, von einer Regierung Scholz, man spricht von einer Regierung mit Herrn Schiele. Es ist kennzeichnend für die Vertommenheit des ganzen parlamentarischen Systems, daß die Parteien des Reichstages einer Regierung, die sie noch gar nicht kennen, Ausgaben ermächtigen erteilen. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.) Dies beweist aber auch, daß sich alle Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen im wesentlichen mit der Regierungsbildung der kommenden Regierung schon im voraus einverstanden erklären.

Die Sozialdemokraten haben nur den einen Wunsch, unter allen Umständen bei der weiteren Ausplünderung der Werktätigen dabei sein zu dürfen. Nachdem die Hermann-Müller-Regierung in allen entscheidenden Fragen der Steuerpolitik, der Sozialpolitik, der Sozialpolitik die Sozialdemokraten verstanden hat, nachdem die Hermann-Müller-Regierung einen Etat aufgestellt hat, der einen

Abbau der Sozialausgaben um 118 Millionen und eine Erhöhung der Ausgaben für die Kriegsveteranen um 40 Millionen

enthält, jetzt bekommt die Regierung Hermann Müller den verdienten Fußtritt. Aber den Fußtritt bekommt nicht die ganze Regierung, nein, das ist eben das Besondere daran, den Fußtritt erhalten nur die sozialdemokratischen Minister. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Wir wissen es aus der Beigangigkeit der Sozialdemokraten, daß ein gepulverter Hund seinem Herrn nie untreu wird. Wer hat den „Vormärts“ von Freitag früh anstandslos, kann feststellen, daß noch nie eine Partei einander und Würdeverfall sich anzubieten verstand als die Sozialdemokraten. (Andauernde Juriste der Kommunisten: „Eine erbärmliche Gesellschaft!“) Im „Vormärts“ von heute morgen heißt es:

„Für die 152 Mann starke Fraktion der Sozialdemokratischen Partei (Radon und Juriste: harte!) besteht nicht der allgeringste Wahn, sich in die Rolle des Ullensputzels zurückziehen zu lassen. Sie hat nicht beabsichtigt, aus der Regierung auszuscheiden, oder sich an der Bildung einer neuen Regierung nicht zu beteiligen.“

Wie ein ganz offenes Angebot: wir wollen wieder dabei sein. Ich sehe sie vor mir. Die Fraktion der Ministerpräsidenten (Deiterfeld) Da ist auch Herr Keil mit betrübter Miene, der Mann, der nichts Eitigeres zu tun hat, als im heutigen Morgen-„Vormärts“ einen Artikel zu veröffentlichen unter der Überschrift: „Ein neues Finanzprogramm“. Vorläufige des „Genossen“ Wilhelm Keil. (Stürmische Deiterfeld im ganzen Hause!) Was schlägt denn am Morgen nach dem Herauskommen der „Genosse“ Wilhelm Keil vor? Er verlangt nicht mehr und nicht weniger als die Erhöhung der Ullensputz auf ein volles Prozent, um damit eine Mehrbesetzung von 330 Millionen auf die Taschen der

Werkstätten zu erzielen. (Stürmische hört Keil bei den Kommunisten.) Nachdem Keil noch weitere Vorschläge zur Besetzung der Pers-

## Rote Mehrheit im Elektrizitätswerk

Oppositionserfolg auch bei Seidel & Naumann

Dresden, den 29. März.

Das endgültige Ergebnis im Eltwerk Dresden ist für die Opposition 467 Stimmen und 5 Siege, Reformisten 441 Stimmen und 4 Siege.

„Alles Geschrei am Wettinertag hat nicht gehalten, die Eltwerkarbeiter davon abzuhalten, sich in ihrer Mehrheit um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu scharen.“

Trotz Massenentlassungen Erfolg der roten Liste bei Seidel & Naumann

Steigerung der Stimmzahl von 32,3 auf 34,7 Prozent  
SPD verliert 2 Siege, Opposition behauptet ihre Siege

Bei der gestrigen Betriebsratswahl der Firma Seidel und Naumann zeigte sich, daß die Entlassungen von 1200 im letzten Jahre nicht vermochten, den Vormarsch der Opposition aufzuhalten. Das Ergebnis ist:

Opposition 819 Stimmen, 5 Siege (1004 — 5 Siege), Reformisten 1549 Stimmen, 14 Siege (2065 — 18 Siege). Die Reformisten verloren über 500 Stimmen und behauptete die Opposition verlor nur 185 Stimmen und behauptete die Mehrheit. Jetzt gilt es weiter voranzutreiben durch Mobilisierung der Belegschaften für die Durchführung des Kampfprogramms.

Die Wahl bei Rüttner, Birna

Ergebnis bei der Birna Rüttner, Birna, in der gestrigen

Opposition 791 Stimmen, 4 Siege,  
Reformisten 1997 Stimmen, 12 Siege.

In diesem Betrieb tritt die Opposition das erste Mal selbständig auf und hat im letzten Jahre einen harten Kampf mit den Renegaten Borig und Sidert führen müssen. Das Ergebnis der Wahl ist unter diesen Umständen ein Erfolg der revolutionären Opposition.

Roter Erfolg im Warenhaus Tieb, Berlin

In den Berliner Warenhäusern von Tieb haben jetzt die Betriebsratswahlen stattgefunden. Zum ersten Mal war eine rote Liste aufgestellt worden, die vier Mandate erlangt.

Die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition erhielt 864 Stimmen, SPD 586, Liste der Einkäufer und Aufsichtsbekannt 451. Der Erfolg der roten Liste ist ein Hinweis für alle Warenhausangestellten, sich um die Gewerkschaftsopposition zu scharen.

Sechse Aktien, Ruhrgebiet

Wahlberechtigt 2660, gewählt 2458.

Opposition 1540 Stimmen = 10 Siege

(Zum ersten Male eine eigene Liste)

Reformisten 584 (2107) 2  
Christen 424 (386) 2  
Fischer-Duisen 84 (87) 2